

**Vier-Tore-Stadt Neubrandenburg
Hauptausschuss**

20.01.2026

Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses am Donnerstag, 15.01.2026

Sitzungsort:

Neubrandenburg, Haus der Kultur und Bildung, Haus C, "Großer Seminarraum"
(Zugang Stargarder Straße, Eingang Regionalbibliothek)

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 16:28 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/Vorsitzender

Oberbürgermeister Nico Klose

Gremiumsmitglied

Ratsfrau Dr. Sabine Balschat	BSW/BfN
Ratsherr Björn Bromberger	CDUplus
Ratsfrau Vanessa Freund	SPD-Grüne
Ratsherr Dr. Rainer Kirchhefer	SPD-Grüne
Ratsherr Jan Kuhnert	BSW/BfN
Ratsherr Robert Schnell	AfD
Ratsherr Heiko Schröder	CDUplus
Ratsherr Michael Stieber	SPD-Grüne
Ratsfrau Sigrid Strelow	AfD

stellv. Gremiumsmitglied

Ratsherr Dr. Roman Kubetschek	Projekt NB
Vertretung für Ratsherrn Bernd Herrmann	

Ratsherr Maik Ohlenforst	AfD
Vertretung für Ratsherrn Peter Fink	

Verwaltung:

Frau Piotrowski	2. Stellvertreterin des Oberbürgermeisters / Leiterin Innere Verwaltung
Herr Schwabe	Betriebsleiter Eigenbetrieb Immobilienmanagement
Frau Rathsack	Abteilungsleiterin Recht und Vergaben
Herr Koopmann	Justitiar
Herr Renner	Leiter Stadtplanung, Wirtschaft und Bauordnung
Herr Grömke	Referent des Oberbürgermeisters
Herr Bachmann	Beauftragter Beteiligungsmanagement
Frau Kutzik	Leiterin Rechnungsprüfungsamt
Frau Heidenreich	Rechnungsprüfungsamt
Frau Kapler	Leiterin Büro der Stadtvertretung
Frau Kunze	Abteilungsleiterin Ordnung, Verkehr und Gewerbe
Herr Maßmann	Leiter Schule, Kultur und Sport
Frau Witt	Büro der Stadtvertretung

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Begrüßung

Oberbürgermeister **Klose** eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Oberbürgermeister **Klose** stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest (Postausgang: 07.01.2026). Es sind 12 von 13 Ausschussmitgliedern anwesend, die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

TOP 3 Beschluss über die Niederschrift der 18. Sitzung des Hauptausschusses am 27.11.2025

Die Niederschrift wird bei zwei Stimmenthaltungen einstimmig bestätigt.

TOP 4 Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Oberbürgermeister **Klose** informiert zum Start der Online-Abstimmung zum Thema Errichtung neuer Spielgeräte als Outdooranlagen (Umsetzung des Beschlusses STV 9/21/2025).

Herr **Grömke** ergänzt, dass die Online-Umfrage mit einer Verzögerung von einer Woche gegenüber dem im Beschluss vorgesehenen Starttermin begonnen habe. Im Vorfeld seien umfassende inhaltliche Überlegungen angestellt worden - insbesondere zu Zielsetzung, Adressatenkreis und den zu erhebenden Inhalten. Neben der im Beschluss ursprünglich vorgesehenen Fragestellung seien weitere Fragen aufgenommen worden, um ein umfassenderes Bild der aktuellen Situation aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten und mögliche Erweiterungs- bzw. Verbesserungsbedarfe zu identifizieren. Die Umfrage werde zunächst auf einen Zeitraum von etwa einem Monat angelegt; abhängig von der Beteiligung sei eine Verlängerung vorgesehen. Die Verbreitung erfolge über alle städtischen Kanäle, darunter LED-Wände, die städtische Homepage, Social-Media-Kanäle sowie WhatsApp. Im Anschluss erfolge eine Auswertung der Ergebnisse, über deren inhaltliche Erkenntnisse berichtet werde.

Herr **Renner** bittet darum, das Benehmen zur Durchführung einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Ordnung und Sicherheit sowie des Ausschusses für Stadtentwicklung und Wirtschaft am 29.01.2026 herzustellen. Anlass sei die Vorstellung der kommunalen Wärmeplanung.

Nach der Beratung des Transformationsplans im vergangenen Jahr soll nun der Wärmeplan vorgestellt werden. Dieser werde die künftige Wärmeversorgung der Stadt Neubrandenburg thematisieren; insbesondere in den Gebieten ohne Anschluss an das Fernwärmenetz. Hierzu sei die Theta Concepts GmbH eingeladen, die den Wärmeplan fachlich umfassend präsentieren werde. Die Sitzung diene der fachlichen Information der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter.

Das Benehmen für die gemeinsame Sitzung wird hergestellt.

Ratsherr **Schnell** stellt eine Frage an das Ordnungsamt hinsichtlich der Parkraumüberwachung auf dem Netto-Parkplatz im Katharinenviertel. Anlass sei die Beobachtung, dass Mitarbeitende des Ordnungsamtes dort Ordnungswidrigkeiten wegen Parkverstößen aufgenommen hätten. Nach Aussage der vor Ort angetroffenen Mitarbeitenden handele es sich um ein privates Grundstück der Firma Netto, die das Ordnungsamt mit der Überwachung beauftragt habe.

Ratsherr Schnell bittet um Klärung, ob dieses Vorgehen gängige Praxis sei und auf welcher rechtlichen Grundlage das Ordnungsamt auf privaten Grundstücken tätig werde. Darüber hinaus fragt er, ob entsprechende Tätigkeiten auch auf Parkplätzen anderer privater

Unternehmen erfolgen und in welchem Umfang. Er bittet um schriftliche Auskunft darüber, bei wie vielen privaten Parkplätzen bzw. Grundstücken eine solche Überwachung durch das Ordnungsamt durchgeführt werde. In diesem Zusammenhang äußert er die Auffassung, dass die Überwachung privater Parkflächen nicht Aufgabe des Ordnungsamtes sein und nicht aus Steuermitteln finanziert werden sollte.

Oberbürgermeister **Klose** sagt eine schriftliche Antwort zu.

Ratsherr **Bromberger** spricht mehrere Themen an und bittet um Stellungnahmen der Verwaltung.

Zum einen verweist er auf öffentliche Aussagen von Ministerpräsidentin Schwesig zur Beitragsfreiheit der Kindertagesbetreuung, wonach das Land Mecklenburg-Vorpommern die Elternbeiträge vollständig übernehme und hierdurch keine Zusatzbelastungen für die Kommunen entstünden. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus vergangenen Haushaltsberatungen und der vorliegenden Zahlen hinterfragt er diese Darstellung.

Zum zweiten bittet er um eine Auswertung der Silvesternacht aus Sicht der Verwaltung, insbesondere aus den Bereichen Feuerwehr, Rettungsdienst und Ordnungsamt. In diesem Zusammenhang regt er an zu prüfen, ob künftig wieder an zentralen Stellen Abfallcontainer für die Entsorgung von Feuerwerksresten aufgestellt werden können, um Gefahren, etwa durch brennende Mülltonnen, zu reduzieren.

Als drittes Thema spricht Ratsherr Bromberger die Parksituation am Augustabad an. Er weist darauf hin, dass die Feuerwehr im vergangenen Jahr auf Probleme hingewiesen und Maßnahmen angekündigt hatte, um Rettungswege freizuhalten. Er regt an, bereits im Vorfeld geeignete Vorkehrungen zu treffen, um ähnliche Situationen in der kommenden Badesaison zu vermeiden. Die Verwaltung wird gebeten darzulegen, welche Maßnahmen geplant sind, um künftig eine sichere Zufahrt für Feuerwehr und Rettungsdienste zu gewährleisten.

Frau **Piotrowski** führt zum Thema Kitagebühren aus, dass derzeit eine Prüfung der einschlägigen gesetzlichen Regelungen und möglicher Gesetzesänderungen erfolge. Ob eine vollständige gesetzliche Kompensation vorgesehen ist, könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abschließend bewertet werden und wird schriftlich beantwortet.

Sie stellt jedoch fest, dass mit dem Wegfall der Elternbeiträge die Zurückhaltung der Träger bei Entgeltverhandlungen entfallen sei und dies zu erheblichen Kostensteigerungen geführt habe. Die weiteren rechtlichen Aspekte werden derzeit geprüft und werden ebenfalls schriftlich beantwortet.

Frau **Kunze** teilt zur Silvesternacht mit, dass keine außergewöhnliche oder signifikanten Einsatzlagen bekannt seien, abgesehen von den üblichen Einsätzen im Bereich Brandschutz und Rettungsdienst. Im Einsatz waren zwei Rettungswagen mit insgesamt 13 Einsätzen sowie ein Notarzteeinsatzfahrzeug mit zwei Einsätzen. Es habe keine feuerwerkstypischen Verletzungen gegeben. Ein außergewöhnliches Ereignis betraf nicht das Stadtgebiet Neubrandenburg, sondern den Bootsschuppenbrand in Penzlin, bei dem Unterstützung geleistet wurde. Auch aus ordnungsbehördlicher Sicht seien keine besonderen Vorkommnisse bekannt. Sie weist darauf hin, dass etwaige Ordnungswidrigkeiten nach dem Sprengstoffgesetz nicht zwingend bekannt seien.

Zum Thema Parken am Augustabad führt Frau Kunze aus, dass, wie bereits im Vorjahr, auch künftig regelmäßig und engmaschig kontrolliert werde. Einzelnes Fehlverhalten könne nur durch ein vollständiges Parkverbot unterbunden werden, welches derzeit nicht vorgesehen sei. Die von der Feuerwehr aufgezeigten Maßnahmen stellten eine Ultima Ratio dar und seien bislang nicht angewendet worden; dies solle auch künftig vermieden werden. Es werde auf die Einsicht der Verkehrsteilnehmenden gesetzt.

Oberbürgermeister **Klose** sagt Ratsherrn Bromberger zum Thema Kitagebühren und zu generellen Plänen am Augustabad eine schriftliche Antwort zu.

Ratsherr **Kuhnert** regt an, die Möglichkeit eines zentralen Feuerwerks in Neubrandenburg erneut zu prüfen. Anlass seien Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern, die das zentrale Feuerwerk im Jahr 2023 als positiv erlebt haben und grundsätzlich bereit wären, für eine Teilnahme einen Eintritt von 10 – 20 EUR zu zahlen. Ziel wäre unter anderem, die Vielzahl von privaten Feuerwerken zu reduzieren und damit eine sicherere und geordnete

Silvesternacht zu ermöglichen. Es wird darauf hingewiesen, dass auch wetterbedingte Risiken zu berücksichtigen sind. Die Anregung soll im Rahmen zukünftiger Planungen und Veranstaltungsangebote, wie etwa im Stadtanzeiger aufgeführt, mitgedacht werden. Oberbürgermeister **Klose** sagt zu, die Anregung für ein zentrales Feuerwerk zur Prüfung ans VZN weiterzuleiten. Aus Verwaltungssicht werde aufgrund der hohen Kosten und der aktuellen Haushaltslage eher von einer Durchführung abgeraten. Sollte das VZN als fachlich versiertes Unternehmen jedoch eine Kompensation der Kosten durch Eintrittsgelder für möglich halten, werde dies entsprechend weitergegeben.

TOP 5 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 6 Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

TOP 7 Aufhebung der 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer in der Stadt Neubrandenburg Vorlage: BV/VIII/0261

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** verweist auf die Beschlussvorlage zur Vergnügungssteuer, nach der diese auf Veranstaltungen aufgehoben wurde. Gleichzeitig weist er darauf hin, dass die Vergnügungssteuersatzung mehrere Punkte umfasse, darunter ein vierter Punkt, der nicht Veranstaltungen betreffe, sondern Glücksspiel im weiteren Sinne (ohne Spielhallenautomaten, die über die Spielgerätesteuersatzung geregelt sind). Er bittet um eine Klärung der Abgrenzung sowie um Auskunft zu möglichen Auswirkungen, insbesondere im Hinblick auf suchtpräventive Steuerungswirkungen.

Frau **Piotrowski** teilt mit, dass die Prüfung der Vergnügungssteuersatzung ergeben habe, dass in den letzten Jahren ausschließlich Tanzveranstaltungen steuerpflichtig waren. Die weiteren drei Punkte der Satzung, einschließlich des vierten Punktes zum Glücksspiel im weiteren Sinne, waren in diesem Zeitraum nicht relevant.

Ratsherr **Dr. Kirchhefer** fragt, welche konkreten Veranstaltungen unter dem Punkt „Glücksspiel“ (dritter bzw. vierter Spiegelstrich) der Vergnügungssteuersatzung zu erfassen wären und, ob in der Vergangenheit möglicherweise Veranstaltungen nicht erfasst wurden, die hätten besteuert werden können.

Frau **Piotrowski** teilt mit, dass dazu in den vergangenen Jahren keine Steuerfestsetzung stattgefunden habe.

Weiterhin kündigt sie ein Änderungsblatt zur Vorlage an, welches werde den Gegenstand ändern werde, da die Satzung nicht geändert sondern aufgehoben werden soll. Inhaltliche Änderungen seien nicht vorgesehen.

Die Vorlage wird einstimmig in die Beratungsfolge verwiesen.

TOP 8 Weiterer Umgang mit den Schubert-Fresken im Rathaus Vorlage: BV/VIII/0259

Die Vorlage wird einstimmig in die Beratungsfolge verwiesen.

Oberbürgermeister **Klose** stellt die Nichtöffentlichkeit her.

gez.
Nico Klose
Ausschussvorsitzender

gez.
Heike Witt
Protokollantin

Es folgt ein nichtöffentlicher Teil